

maheli

Marzahn-Hellersdorf links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Informationsblatt

33. Jahrgang / März 2023



Krankenhaus Kaulsdorf retten!

Nach 20 Jahren ist das wettbewerbliche Modell der Krankenhausfinanzierung über die Fallpauschalen an sein endgültiges Ende gekommen. DIE LINKE war Anfang der 2000er Jahre die einzige parlamentarische Kritikerin der damaligen Reform; unsere Vorbehalte wurden vollständig bestätigt.

Die Fehlentwicklungen – Einsparungen beim Personal, insbesondere der Pflege, Unterfinanzierung von versorgungswichtigen Bereichen, wie der Kinder- oder der Notfallmedizin, Unwirtschaftlichkeit kleinerer Häuser in der Fläche – lassen sich nicht mehr ignorieren. Zeitgleich schlägt die Regierungskommission über das Modell von Versorgungsstufen eine dramatische Reduzierung von Krankenhauskapazitäten vor. Ersten Schätzungen der Berliner Krankenhausgesellschaft zufolge würde eine Umsetzung für Berlin einen Bettenabbau von derzeit 22.000 Betten auf etwa ein Drittel – also gut 7.000 Betten – bedeuten. Er berücksichtigt weder die spezifische Krankenhauslandschaft unseres Stadtstaates, noch die soziale und gesundheitliche Situation der Bevölkerung.

Laut Presseberichten kommt die interne Analyse des landeseigenen Konzerns VIVANTES zu dem Ergebnis, dass gemäß der Pläne von Gesundheitsminister Lauterbach drei der sieben VIVANTES-Großkrankenhäuser schließen müssten. Darunter ist auch das Klinikum Kaulsdorf. Formal wäre das Krankenhaus nur noch ein Level-I-Haus, d.h. es müsste auf viele Fachabteilungen und einen Großteil der Krankbetten verzichten.

Level-I-Kliniken sieht der Rohplan für Berlin jedoch gar nicht vor: Solche kleineren Häuser sollen nur dort bestehen, wo der nächste Maximalversorger 30 Kilometer entfernt ist. Das würde im Ergebnis das Aus des Klinikums bedeuten.

Wir als LINKE stellen uns klar gegen diesen Kahl-schlag in der Krankenhauslandschaft. Das VIVANTES Kaulsdorf muss erhalten bleiben. Wir erwarten, dass der Senat und das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf diese Inhalte der Reform klar ablehnen werden. Wir brauchen in Berlin eine echte Krankenhausreform, die wissenschaftlich fundierten Empfehlungen folgt, gute Arbeitsbedingungen befördert und die Verzahnung mit dem ambulanten Bereich in den Mittelpunkt rückt. Der Mengenlogik und damit der Unterfinanzierung wenig lukrativer Bereiche setzen wir eine integrierte Gesundheitsplanung mit stationärem, ambulantem und pflegerischem Bereich für Berlin entgegen. Wir werden um das Klinikum in Kaulsdorf kämpfen und wir hoffen auch viele mit uns.

PETRA PAU, Bundestagsabgeordnete für Marzahn-Hellersdorf

STEFANIE WAGNER-BOYSEN, Bezirksverordnete für Kaulsdorf und Mahlsdorf

BJOERN TIELEBEIN, Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

KRISTIAN RONNEBURG, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzender der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Frauen haben im Jahr 2021 in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 18 % weniger verdient als Männer. Damit ist Deutschland Schlusslicht in der EU. Ein Grund für diesen Verdienstunterschied ist, dass Frauen öfter in Pflegeberufen oder erzieherischen Berufen beschäftigt sind. Diese Berufe werden immer noch viel zu schlecht bezahlt. Das muss sich endlich ändern, deshalb fordern wir als LINKE: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Nicht nur am Internationalen Frauentag sind wir solidarisch mit den unter prekären Bedingungen arbeitenden Pflegekräften.

Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle die ungleiche Verteilung von Haus- und Erziehungsarbeit, die ebenso zu Lasten der Frauen geht. Auch vom Krieg in der Ukraine sind Frauen, Mädchen und queere Menschen besonders betroffen.

Derzeit sind vor allem Frauen und Kinder auf der Flucht. So gilt am Frauentag unsere Solidarität in besonderer Weise auch ihnen.

Schluss mit dem Krieg, die Waffen nieder!



Schwimmen für alle

Berlinerinnen und Berliner aufgrund steigender Lebenshaltungskosten ermöglicht wird, dass Inhaberinnen und Inhabern des Berechtigungsnachweises und des berlinpass-BuT in Schwimmbädern künftig kostenfreie Zeitfenster ermöglicht werden.

Damit soll in allen teilnehmenden Hallenbädern der Bäderbetriebe im Rahmen der Öffnungszeiten für die allgemeine Öffentlichkeit vom 15.02. bis 31.12.2023 das Gemeinschaftserlebnis der Berlinerinnen und Berliner als Inhaberinnen bzw. Inhaber des Berechtigungsnachweises sowie für Kinder und Jugendliche, die im Besitz des berlinpass-BuT sind, gestärkt

In Marzahn-Hellersdorf nehmen die Hallenbäder am Helene-Weigel-Platz und in Kaulsdorf-Nord daran teil. Es gibt mit Stand September/Oktober 2022 682.538 Erwachsene, Jugendliche und Kinder in Berlin, die einen Anspruch auf den sog. Berechtigungsnachweises oder den berlin-pass-BuT haben.

Dank der LINKEN im Senat steht die soziale Bewältigung der Folgen der Krise aufgrund steigender Lebenshaltungskosten im Mittelpunkt der Politik des Landes Berlin. Die Ermöglichung des kostenfreien Schwimmens für Menschen, die besonders darunter leiden und entlastet werden müssen, ist ein toller Erfolg. Wir werden uns in Marzahn-Hellersdorf dafür einsetzen, dass das Bezirksamt auch in der Schwimmhalle im Freizeitforum Marzahn, die von der GSE gGmbH im Auftrag des Bezirks betrieben wird, das kostenfreie Schwimmen ermöglichen wird.

DR. MANUELA SCHMIDT, Abgeordnete für Marzahn-Mitte

KRISTIAN RONNEBURG, Bezirksvorsitzender DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

BJOERN TIELEBEIN, Vorsitzender der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf

Der Berliner Senat hat auf Vorlage von Sozialsenatorin Katja Kipping beschlossen, dass angesichts der besonderen Belastung und Herausforderungen der

und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert werden.

Unterstützung der Jugend-Fahrrad-Werkstatt

Verein der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus unterstützt Aufbau der Jugend-Fahrrad-Werkstatt des Deutschen Roten Kreuzes in Marzahn

Im Februar konnten die LINKEN-Abgeordneten aus Marzahn-Hellersdorf, Manuela Schmidt und Kristian Ronneburg, in Begleitung von Regina Kittler und Bjoern Tielebein, Bezirksverordnete der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf, sowie Juliane Witt, Bezirksstadträtin, einen Spendenscheck über 500 Euro an das Deutsche Rote Kreuz übergeben. Zweck der Spende ist die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit für die Eröffnungsfeier der Jugend-Fahrrad-Werkstatt im DRK-Begegnungszentrum Marzahn-Süd (Murtzauer Ring 15, 12681 Berlin).

Das Projekt des DRK soll die Mitmenschen in der Nachbarschaft wieder näher zusammenbringen. Angefangen mit der Covid-19-Pandemie und den damit einhergegangenen Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen, die gerade unter den Jüngsten das Alltagsleben völlig auf den Kopf gestellt hat, ist das Miteinander sehr lange zu kurz gekommen. Mit der Jugend-Fahrrad-Werkstatt bietet das DRK einen Raum, in dem Jung und Alt zusammen an Fahrrädern schrauben können und das „Wir“ wieder entdecken können.



Von links nach rechts: Regina Kittler, Manuela Schmidt, Kristian Ronneburg, Juliane Witt, Kati Avci (DRK), Christopher Stark (DRK), Bjoern Tielebein

Netzwerk der Wärme in Marzahn-Hellersdorf gestartet

Das »Netzwerk der Wärme« ist Teil des Berliner Entlastungspakets. Es wurde von unserer Sozialsenatorin Katja Kipping ins Leben gerufen und organisiert, um die Berlinerinnen und Berliner angesichts steigender Energie- und Lebenshaltungskosten gut durch den Winter zu bringen.

Zum Netzwerk gehören Orte der Begegnung, für Austausch, Hilfe zur Selbsthilfe, kulturelle Betätigung und Beratung in den Kiezen. Und genau so ein Ort hat nun in der Marzahner Promenade seine Türen geöffnet: Die UnbezahlBar.

Das Projekt wurde von verschiedenen Organisationen, darunter das Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte unter der Leitung unserer Bezirksverordneten Martina Polizzi, BENN Blumberger Damm, BENN Marzahn-Süd und dem DRK Nord-Ost e.V., initiiert. Ziel ist es, den Menschen in Zeiten zunehmender Existenzsorgen einen Raum für Austausch und Entlastung zu bieten.

Dabei stehen vor allem gegenseitige Unterstützung und die Bewältigung der Auswirkungen der sich verändernden gesellschaftlichen Situation im Fokus.

Die UnbezahlBar bietet kostenfreie Bücher, Kleidung und andere Gegenstände sowie professionelle Sozialberatung bei Sorgen und Problemen. Dabei wird ein großer Teil des Angebots durch die vielen Spenden der Kiez-Bewohnerinnen und -Bewohner ermöglicht. Passend dazu wird jeden Freitag mit Lebensmitteln aus dem neu entstandenen Kiezkühlschrank gekocht.

Alle sind herzlich eingeladen, die Angebote der UnbezahlBar kostenfrei zu nutzen.

Marzahner Promenade
37, 12679 Berlin

Öffnungszeiten:
Dienstag
9:00 – 17:00 Uhr,
Mittwoch
10:00 – 16:00 Uhr,
Donnerstag
10:00 – 18:00 Uhr
Freitag
10:00 – 14:00 Uhr



Kita-Gebühren nicht mit uns! Kita-Besuch muss für alle Kinder kostenfrei bleiben



Wie jetzt in einem Interview mit Katharina Günther-Wünsch, CDU-Kandidatin aus Marzahn-Hellersdorf und von Kai Wegner zur Bildungssenatorin im Falle einer Regierungsbeteiligung der CDU erkoren, bekannt geworden ist, denkt Frau Günther-Wünsch offenbar darüber nach, in Berlin wieder eine Kita-Gebühr einzuführen. Aus Ihrer Sicht „muss man diese Debatte führen“, um die Qualität der Kitas zu verbessern.

„Dass der Qualität der Kitas, der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und dem Ausbau neuer Kitaplätze eine hohe und wichtige Bedeutung zukommt und dort weiterhin noch viel Handlungsbedarf besteht, sieht auch Die LINKE so. Aber diesem Bedarf mit der Aufhebung der Beitragsfreiheit

entgegenwirken zu wollen, ist komplett der falsche Weg. Gute Bildungs- und Betreuungschancen müssen für alle Kinder zugänglich sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Aus diesem Grund haben wir im Abgeordnetenhaus durchgesetzt, das in diesem Jahr auch der Hort in der 3. Klasse beitragsfrei wird. Jetzt eine Debatte über mögliche Kitabeiträge anzufangen, ist aus unserer Sicht ein klarer Rückschritt“ erklärt Kristian Ronneburg, Bezirksvorsitzender der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf.

„Die CDU fordert auf der einen Seite ein verpflichtendes Kitajahr vor der Einschulung, auf der anderen Seite möchte sie den Kitabesuch wieder kostenpflichtig machen. Die Beitragsfreiheit ist eine soziale Errungenschaft. Mit ihr wurde der Besuch des Kindergartens ein tatsächliches Recht eines jeden Kindes. Die Wiedereinführung von Kita-Gebühren wäre ein fataler Rückschritt. Es besteht die große Sorge, dass die CDU bei dieser Debatte nicht Halt machen wird. Steht das kostenfreie Mittagessen in der Grundschule dann als nächstes zur Disposition? Gerade in der jetzigen Situation mit ihren vielen Krisen, wo die Bürgerinnen und Bürger finanzielle Ängste und Sorgen haben, ist solch eine Debatte unangebracht.“, ergänzt Bjoern Tielebein, Fraktionsvorsitzender in der BVV.

Kein Abriss des Spreecenters für Wohnungsbau

In den vergangenen Monaten wurde vielfach über einen möglichen Abriss des Hellersdorfer Spreecenters für den Wohnungsbau diskutiert. Ausgangspunkt ist die Absicht des Besitzers des Centers, die Gebäude in drei Schritten abzureißen und durch Wohnhäuser mit Gewerbe im Erdgeschoss zu ersetzen.

Ich habe diese Überlegungen von Anfang an kritisch gesehen. In unserem Wohngebiet sind in den vergangenen Jahren viele neue Wohnungen entstanden. In der Ludwigsluster Straße, direkt neben dem Spreecenter, werden derzeit zwei Hochhäuser errichtet. An der Cecilienstraße und der Hellersdorfer Straße sind weitere Neubauten geplant. Auch am Cecilienplatz gibt es seit Jahren Planungen der privaten Eigentümer, Gebäude abzureißen und Wohnhäuser neu zu bauen. Hier wird die soziale Infrastruktur kaum mit Schritt halten können, denn nach wie vor dauert es länger Kitas und Schulen als neue Wohnungen zu errichten. Hinzu kommt der Mangel an Ärzten. Die medizinische Versorgung in unserem Stadtteil ist äußerst angespannt. Schon jetzt finden viele Menschen vor Ort keinen Hausarzt mehr. Ich habe die Hoffnung, dass wir noch in diesem Jahr eine neue Praxis der Kassenärztlichen Vereinigung an der Neuen Grottkauer Straße eröffnen können. Entsprechende Vertragsentwürfe liegen vor. Und auch der Verkehr nimmt zu und kann weder im Hinblick auf Parkplätze noch durch Bus und Bahn immer angemessen bewältigt werden. Ab 2026 werden die ersten der von Rot-Grün-Rot bestellten neuen U-Bahn-Fahrzeuge auch auf der U5 fahren, weitere Taktverdichtungen sind geplant. Gemeinsam mit der Linksfraktion im Bezirksparlament habe ich daher vom Bezirksamt gefordert, schnellstmöglich ein sogenanntes Bebauungs-



planverfahren einzuleiten und das Gelände des Spreecenters als Ortsteilzentrum zu sichern. Die Nahversorgung soll erhalten bleiben und eine Wohnbebauung ausgeschlossen werden. Auch für das Gelände unmittelbar am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord sollte ein solches Verfahren vorgebracht werden, um auch hier eine geordnete Entwicklung zu ermöglichen und zu verhindern, dass Investoren allein ohne Mitsprache der Öffentlichkeit agieren.

Ein solches Bebauungsplanverfahren sichert vor allem, dass die Öffentlichkeit über alle Planungen frühzeitig informiert wird und mitreden kann, wie sich dieses Gelände entwickeln soll.

Im August 2022 wurde unsere Forderung durch das Bezirksparlament beschlossen. Nunmehr hat das Bezirksamt erfreulicherweise mitgeteilt, dass

ein Bebauungsplanverfahren „Spreecenter“ auf den Weg gebracht wurde. Dieses Verfahren wird mehrere Schritte durchlaufen und die Planungen und Festlegungen werden öffentlich ausgelegt.

Aus meiner Sicht ist dies jedoch nur eine notwendige Ebene, um das Ortsteilzentrum zu sichern. Ich werde mich gegenüber dem Bezirksamt dafür einsetzen, dass auch jenseits dieses Verfahrens, die Anwohnerschaft regelmäßig und umfassend informiert wird.

Ich freue mich, dass es schnell gelungen ist, einem planlosen und übereilten Abrissvorhaben ein wirksames Stoppschild entgegenzusetzen.

KRISTIAN RONNEBURG, Abgeordneter für Hellersdorf-Süd und Kaulsdorf-Nord

Innenhof Luzinstraße 11 in Hellersdorf wird ökologische Ausgleichsfläche

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat auf Vorlage von Bezirksstadträtin Juliane Witt (LINKE) beschlossen, dass die Innenhoffläche Luzinstraße 11 dem Land Berlin als ökologische Ausgleichsfläche für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden soll. Begründet wird der Beschluss damit, dass angesichts der dichten Bebauung und des Mangels an freien Flächen für ein Öko-Konto die Fläche ins Fachvermögen Grün überführt und als Ausgleichsmaßnahme gewidmet werden soll. Die nächsten Schritte zur Umsetzung sind die Bestätigung des Vorgehens durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und eine Umwidmung des Grundstücks durch den Portfolio-Ausschuss des Landes Berlin.

Die Entscheidung von Bezirksstadträtin Juliane Witt ist eine gute Grundlage für den Schutz des grünen Innenhofs in der Luzinstraße vor einer übermäßigen Wohnbebauung. Nachdem eine gärtnerische Nutzung durch die Anwohnerinnen und Anwohner nicht gewünscht war, war diese Entscheidung nun notwendig. Ich bin Stadträtin Witt sehr dankbar dafür, dass der Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner und der Schutz der Grünfläche nun endlich umgesetzt werden kann.

KRISTIAN RONNEBURG, Abgeordneter für Hellersdorf-Süd und Kaulsdorf-Nord



Senator Geisel muss handeln! STADT UND LAND hält an Bebauung des Innenhofs in der Lily-Braun-Straße fest

Bezirksstadträtin Juliane Witt hat für das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf die Baugenehmigung für die STADT UND LAND, die den Innenhof der Lily-Braun-Straße bebauen will, verweigert. Hier plant die STADT UND LAND die Errichtung von zwei Wohnhäusern mit 154 Wohnungen. Bezirksstadträtin Witt hat gegenüber der STADT UND LAND erklärt, dass sie dem beantragten Bauvorhaben nicht zustimmen wird, denn die grünen Innenblockbereiche dienen v.a. der wohnungsnahen Versorgung mit Grünflächen.

Mit dem Vorhaben würde der unbebaute Innenblockbereich zu einem hohen Anteil baulich genutzt und dem Quartier wertvolle Grünbereiche verloren gehen. Zudem besteht in dem Quartier ein erheblicher Mangel an Grundschulplätzen, der erst durch den geplanten Schulneubau an der Carola-Neher-Str. 65 ausgeglichen werden kann.

Letztlich haben die STADT UND LAND und Senator Geisel (SPD) die Möglichkeit gegen die Auffassung des Bezirks vorzugehen. Es handelt sich hier zwar um ein Grundstück der STADT UND LAND, jedoch kann bei einer Entscheidung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft immer der Senator korrigierend eingreifen. Mittlerweile hat die STADT UND LAND durch beauftragte Firmen offenbar erste

Maßnahmen zur Bauvorbereitung auf der Innenhof-Fläche vorgenommen.

Der Bezirk positioniert sich eindeutig und setzt sich für den Erhalt des grünen Innenhofs der Lily-Braun-Straße ein. Es ist empörend, dass sich die STADT UND LAND über den Willen des Bezirks hinwegsetzt und versucht Fakten zu schaffen. Es ist jetzt an Senator Geisel die Wohnungsbaugesellschaft anzuweisen die Arbeiten zu beenden. Als LINKE appellieren wir an die Stadtentwicklungsverwaltung, dass sie den Schutz grüner Innenhofflächen endlich ernst nimmt.

KRISTIAN RONNEBURG, Abgeordneter für Hellersdorf-Süd und Kaulsdorf-Nord

Unterstützen Sie unsere Petition!
<https://chn.g.it/t5xzzGTNBC>



Minikraftwerke auf Balkon & Terrasse fördern!

Am 10. Februar 2023 ist das 14 Millionen Euro schwere Förderprogramm der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe für kleine „Balkonkraftwerke“ in Berlin an den Start gegangen. Das ist eine gute Nachricht, denn Strom aus der Sonnenstrahlung zu gewinnen entlastet nicht nur die Geldbörse der Nutzerinnen und Nutzer, sondern auch die Umwelt.

Dass die, die das wollen, eine Förderung vom Land Berlin für die Anschaffung und Installation bekommen, ist eine gute Sache und motiviert bestimmt viele, hier mitzumachen. Schließlich können zwei Balkonmodule jährlich etwa so viel Strom, wie ein Kühlschrank und eine Waschmaschine in einem Haushalt mit 4 Personen verbrauchen, liefern.

In vielen Städten von neun Bundesländern gibt es solche Programme bereits. Die Höhe der Fördermittel liegt, je nach Stadt und Aufwand, zwischen 75 und 1450 €.

Das Ziel ist natürlich, dass so viele Menschen wie möglich Teil der Solargemeinschaft werden, ob sie nun zur Miete oder in selbstgenutztem Eigentum wohnen.

Umso unverständlicher ist es, dass in Berlin Menschen mit selbstgenutztem Eigentum keine Förderung bekommen sollen. Schaut man z.B. nach Schwerin oder nach Bonn, so bekommen dort Mieterinnen und Mieter und Bewohnerinnen und Bewohner von selbstgenutztem Eigentum eine Förderung.

In Berlin gibt es immerhin 178.000 Ein- und Zweifamilienhäuser und 305.000 selbstgenutzte Eigentumswohnungen. Viele von den Eigentümerinnen und Eigentümern haben sich für den Kauf verschuldet und sind mitnichten reich, viele Ältere erhalten geringe Renten.

Wir fordern vom Wirtschaftssenat, dass auch sie eine Förderung erhalten.

REGINA KITTLER, Bezirksverordnete für Biesdorf
KRISTIAN RONNEBURG, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Weitere Informationen auf
www.solarwende-berlin.de

Abstimmungsphase zum Bürgerhaushalt 2024/25 abgeschlossen

Im Windschatten des Berliner Wahlkampfes ist ein wichtiges Projekt der Bürgerbeteiligung leider untergegangen: der Bürgerhaushalt 2024/25 in Marzahn-Hellersdorf. Die Beteiligungszahlen an der Abstimmungsphase sind deutlich hinter denen vorheriger Verfahren zurückgeblieben. Dafür gibt es Gründe.

Wie erwähnt fand zeitgleich die heiße Phase des Berliner Wahlkampfes zur Wahlwiederholung um das Berliner Abgeordnetenhaus statt. Der Bürgerhaushalt hat also in diesem Jahr in besonderer Weise um Aufmerksamkeit konkurrieren müssen. Das ist aber nicht alles.

Aus technischen Gründen musste das für die Nutzerinnen und Nutzer gute und etablierte bisherige Webportal zum Marzahn-Hellersdorfer Bürgerhaushalt abgeschaltet werden. Die Verwaltung war gefordert in kürzester Zeit eine Alternative zu finden. Diese wurde letztlich im Portal „mein.berlin.de“ gefunden, das aber wenig bis gar nicht zur Abbildung des Bürgerhaushaltsverfahrens geeignet ist. Abgesehen davon, dass das bisherige Portal etabliert und in der Nutzung bekannt war, so bleibt mein.berlin.de auch deutlich im Funktionsumfang, der Bedienbarkeit und der Nachvollziehbarkeit hinter den Erwartungen zurück. Auch dies hat dazu beigetragen, dass es eine wesentlich geringere Beteiligung an der Abstimmungsphase als in den Vorjahren gab.



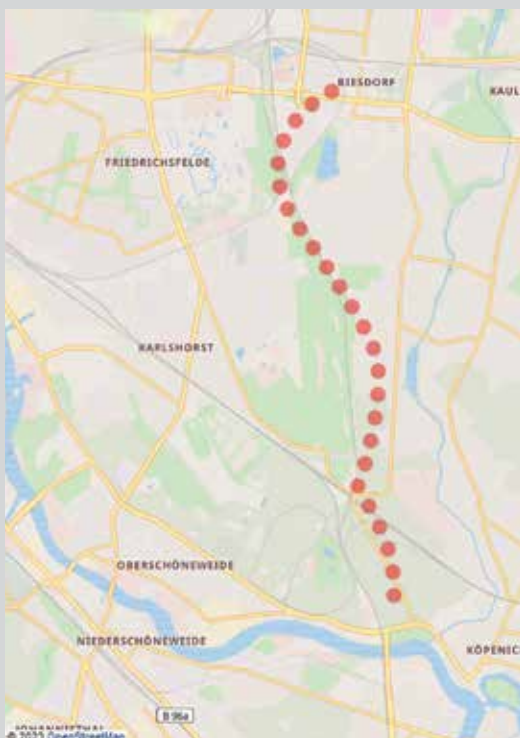
Außerdem fand keine organisierte Beteiligung vor Ort in den Kiezen statt. Die Einbeziehung von lokalen Akteuren vor Ort ist für zukünftige Verfahren dringend geboten.

Um das Bürgerhaushaltsverfahren für die Zukunft gut aufzustellen, habe ich deshalb für die Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf einen Antrag zur Weiterentwicklung des Verfahrens eingebracht. So sollen Defizite beseitigt und das große Potenzial in der Bürgerbeteiligung aktiviert werden.

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zukünftige Bürgerhaushaltsverfahren wieder unter Einbeziehung von Akteur*innen vor Ort und in den Kiezen durchzuführen und eine eigenständige Plattform für das Bürgerhaushaltsverfahren in Marzahn-Hellersdorf einzuführen, um damit zukünftige Verfahren besser abbilden und durchführen zu können.

Die notwendigen finanziellen Mittel sind im Haushalt einzustellen. Das Internetangebot zum Bürgerhaushalt soll funktional erweitert werden. Es soll eine geeignete Darstellung von Vorschlägen zum Bürgerhaushalt umgesetzt werden, die ein schnelles Auffinden ermöglicht. Insbesondere ein Schlagwort- bzw. Stichwortsuchsystem zur Anordnung der eingereichten Anträge soll umgesetzt werden. Daneben soll ermöglicht werden, dass Anträge thematisch gruppiert werden können, um Doppelseinreichungen im System zu vermeiden. Auch soll es eine Kommentarfunktion geben. Kommentare sollen bewertet werden können und die Möglichkeit von Verbesserungsvorschlägen zu eingereichten Anträgen integriert werden. Die Entwicklung und der Neuaufbau des Internetangebotes zum Bürgerhaushalt soll im Rahmen eines Workshops inhaltlich untersetzt werden. Es ist außerdem darauf zu achten, den Ansprüchen an Barrierefreiheit bzw. -armut gerecht zu werden.

STEFFEN OSTEHR, Vorsteher der BVV Marzahn-Hellersdorf



Vorbereitung der Tangentialen Verbindung Ost

Wasserbetriebe setzen wasserwirtschaftliche Maßnahmen um

In seiner Sitzung am 20.12.2022 hat der Senat über die Bewilligung von GRW-Mitteln (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) für verschiedene Infrastrukturmaßnahmen entschieden. Zu den beschlossenen Projekten zählen auch neue wasserwirtschaftliche Anlagen im Zusammenhang mit dem Bau der Tangentialen Verbindung Ost (TVO).

Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) sollen im Zeitraum von 2025-2028 folgende Projekte umsetzen: Erneuerung der Abwasserdruckleitung (5,02 Mio.

Euro), Erneuerung von Anlagen der Trinkwasserversorgung (4,28 Mio. Euro) und die Erneuerung von Anlagen der Schmutzwasserableitung (3,80 Mio. Euro).

Die vorbereitenden Maßnahmen der Wasserbetriebe zeigen, wie ernsthaft der rot-grün-rote Senat an der Vorbereitung der TVO arbeitet. In diesem Jahr soll das Planfeststellungsverfahren für die TVO nun endlich starten.

Die Straßen-TVO ist dabei nur ein Baustein für das große Gesamtprojekt einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung für den Berliner Osten. Dies geht nur, wenn auch der öffentliche Nahverkehr mit der Schienen-TVO (südliche Nahverkehrstangente) sowie der Fuß- und Radverkehr mitgedacht, geplant und umgesetzt werden.

REGINA KITTLER, Bezirksverordnete für Biesdorf
KRISTIAN RONNEBURG, Sprecher für Mobilität der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Rotes Sofa zum 75.

Am 17. Februar nun das 75. Rote Sofa im Abgeordnetenbüro von Manuela Schmidt. Sie und Regina Kittler begrüßten Hellmuth Henneberg, der das Versprechen einlöste, seinen Film „erlauben Sie eine letzte Frage“ über Gespräche, die Günter Gaus mit Prominenten führte, vorzustellen.

Hellmuth Henneberg, nach 1990 Redakteur dieses einmaligen Fernsehformates, hat Ausschnitte aus den Gesprächen zusammengestellt, die wie eine Zeitreise deutsche Geschichte spiegeln.

Über einhundert Gespräche von mehr als zweihundert aus vierzig Jahren hat er sich noch einmal angesehen und dann ausgewählt. Politiker*innen, Künstler*innen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wer eingeladen wurde, und das bestimmte nur Gaus selbst, konnte sich geädelt fühlen. Was für eine Ausnahme in der Medienlandschaft, sie oder er wurde korrekt mit journalistischer Sorgfaltspflicht befragt. Was für eine Ausnahme, dass diese Interviews nacheinander in sechs! verschiedenen Fern-

sehanstalten produziert wurden. Das Format hat Mediengeschichte geschrieben, und sollte als Schulbeispiel für angehende Journalist*innen dienen. Die Befragten kannten jeweils nur die Eingangsfrage, viele waren nervös, hatten natürlich vorangegangene Sendungen verfolgt und waren über ihre Antworten im Nachhinein verwundert bis verärgert. Eine Korrektur fand nicht statt.

Henneberg berichtete in der Aussprache, wie akribisch sich Gaus vorbereitete, auf jedes Detail im Ablauf der immer gleichen Abfolge achtete, bis zum Ende „erlauben Sie eine letzte Frage..“ Gaus schrieb seine Vorbereitung auf Kartons von Strumpfverpackungen seiner Frau, weil die in der Sendung nicht raschelten. Geschnitten wurde nicht, alles ging so über den Bildschirm, wie es aufgenommen wurde.

Wer Interesse hat, kann einzelne Gespräche über die sozialen Medien aufrufen, bei GOOGLE den Namen Günter Gaus eingeben, und schon kann man auswählen.

Ich hatte und habe mir das vollständige Gespräch mit Hannah Arendt angesehen.

Ihr Leben und Wirken als jüdische Wissenschaftlerin und Publizistin, Flucht vor den Nazis, Professur in den USA, Berichterstattung über den Eichmann Prozess, das und mehr kam zur Sprache. Sie wurde verehrt und angefeindet, wir haben ihr viel in der politischen Theorie zu verdanken, zum Beispiel wie sie den Begriff des Totalitarismus verstanden wissen wollte.

Vieles konnte in diesem Gespräch mit Hannah Arendt nur angedeutet und manches nur verstanden werden, wenn man mehr weiß. Und wenn das eine Folge des Filmes von Helmut Henneberg ist, mehr wissen zu wollen, dann ist viel erreicht.

Zurück zum Abend: Kein Stuhl blieb leer und Hellmuth Henneberg keine Antwort schuldig, der Dank an ihn war herzlich

Ein würdiges Jubiläum, dieses 75. Rote Sofa

Das nächste Rote Sofa findet am 9. März an gleicher Stelle statt.

Zu Gast ist Britta Wulf mit ihrem Buch : Das Rentier in der Küche, eine deutsch-sibirische Liebe

NORBERT SEICHTER

Historisches

Vor 80 Jahren

Am 1. März 1943 beginnen die Deportationen der meisten Insassen des Marzahner Zwangslagers für Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz.

Vor 70 Jahren

Am 1. März 1953 wird in der Konsumgaststätte (heute „Marzahner Krug“) die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) in Ostberlin „Neue Ordnung“ gegründet. Die 31 Gründungsmitglieder sind Bauern und Landarbeiter. Aus ihr geht später die LPG „Edwin Hoernle“ hervor, die zuvor mit mehreren anderen LPG`s fusioniert war. Die Großsiedlung Marzahn wird auch auf Flächen der LPG errichtet, die deshalb vor allem Gemüse in mehreren Gewächshäusern an der Eisenacher Straße produzieren. In den 90er Jahren wird dort das Wohn- und Gewerbegebiet „Alt-Landsberger Tor“ errichtet. Die als Nachfolge der LPG gegründete Agrargenossenschaft Marzahn/Eiche e.G. geht 1998 in Insolvenz.

Vor 20 Jahren

Am 22. März 2003, anlässlich des Todestages der 2000 verstorbenen serbischen Friedensaktivistin und Primaballerina Jelena Santic wird der Rohrbruchpark an der Hellersdorfer Straße, oberhalb des Peacezeichens, in „Jelena-Santic-Park“ umbenannt. Das Peacezeichen am Hang des damaligen Rohrbruch Parks wird im April/Mai 1999 von einer Gruppe junger Leute mit Unterstützung von zahlreichen Mitgliedern der PDS Hellersdorf errichtet. Diese protestierten damit gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Als

am 9. Mai 1999 die ersten Blumen gepflanzt werden, ist auch Jelena Santic dabei. Diese war in Belgrad Mitbegründerin des „Centers for anti war action“ und der Gruppe 484. Sie hatte Ende der 90er Jahre auch Kontakte zu Initiativen in Berlin-Hellersdorf, wie der Hellersdorfer Friedenskoordination, der Gruppe 485 und des Roten Baum e.V. Jelena-Santic verstirbt am 18. März 2000. Bereits am 9. Mai 2000 findet eine symbolische Umbenennung des Rohrbruchparks in „Jelena-Santic-Friedenspark“ statt. Diese Initiative wird von der PDS Hellersdorf und danach von der PDS Marzahn-Hellersdorf unterstützt, deren BVV-Fraktion einen entsprechenden Antrag in die BVV einbringt. Der wird beschlossen, so dass die Umbenennung am 22. März 2003 erfolgen kann.

DIE LINKE in der BVV hat 2016/2017 mit einem Antrag auch sichergestellt, dass Friedenspark und Peacezeichen durch die IGA nicht gefährdet werden. Die Tafel, die auf die Benennung des Parks und die Errichtung des Peacezeichens hinweist, ist verschwunden. Marina Richter-Kastschajewa hat sich mit einem Mitarbeiter der GrünBerlin GmbH vor Ort verabreden können, Er will sich um eine schnelle Erneuerung der Tafel bemühen.

Seit der Errichtung des Peacezeichens und der Umbenennung des Rohrbruchparks gedachte die PDS und gedenkt DIE LINKE der Opfer von Krieg und Gewalt,



erinnert an die Friedensaktivistin Jelena Santic und lässt die weiße Taube auf blauem Grund wehen.

RENATE SCHILLING

Die Zukunft gehört der Jugend – Dafür suchen wir dich!

Du möchtest dich politisch engagieren, dich einbringen und in Marzahn-Hellersdorf etwas verändern?

Dann melde dich bei uns oder besuche direkt eines unserer Treffen!

Wer wir sind

- Junge Menschen aus ganz Marzahn-Hellersdorf
- Mitglieder und Freunde der LINKEN

Was wir tun

- Wir organisieren Veranstaltungen für junge Leute, gestalten Infostände, nehmen gemeinsam an Demos teil
- Wir diskutieren aktuelle politische Themen
- Wir bringen uns in politischen Entscheidungen der Partei DIE LINKE ein ...und vieles mehr!

So findest du uns

Schreib unseren Sprecher*innen:
anne.heinschel@dielinke-mahe.de
markus.berg@dielinke-mahe.de

Oder kontaktiere uns auf Instagram:
@Jungelinke_MaHe



Sprechstunden

Petra Pau (MdB)

Mittwoch, 22. März 2023 • 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin | 14 - 16 Uhr, Stadtteilzentrum Mosaik, Altlandsberger Platz 2, 12685 Berlin

Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

Björn Tielebein

Anmeldung per E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder tel. zu den Öffnungszeiten der BVV-Fraktion, s.u.

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist dienstags von 10 - 12 Uhr und donnerstags von 12 - 16 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an.

Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis.

E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de. Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle / Linker Treff

Henny-Porten-Straße 10-12,
12627 Berlin

Telefon: 030 5412130 / 030 9953508
Telefax: 030 99901561

Unsere Öffnungszeiten:

Montag:	10 - 17 Uhr
Dienstag:	13 - 17 Uhr
Donnerstag:	13 - 18 Uhr
Freitag:	10 - 13 Uhr

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau (MdB)**, Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg (MdB)**, Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Kontakt zur BVV-Fraktion:

Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8,
12681 Berlin

☎ 030 902935820
✉ fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
🌐 www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
📍 LinksfraktionMarzahnHellersdorf
🐦 @LinksfraktionMH
📷 dielinke_mahe

Nächste BVV-Sitzung:

23. März 2023, 17:00 Uhr

Livestream unter:

<https://www.videotron.de/marzahn-hellersdorf/>

Impressum

Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Kristian Ronneburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Fotos: DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf, unsplash.com, pexels.com, luftbilder.berlin.codefor.de

Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon: 030 5412130, Telefax: 030 99901561
Internet: www.dielinke-mahe.de
E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 06.03.2023, Auslieferung ab 09.03.2023; Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH
Die nächste Ausgabe erscheint am 13.04.2023 (Anlieferung aus Druckerei).

Folgen Sie uns:



[fb.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf](https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf)



twitter.com/dielinke_mahe



[instagram.com/dielinke_mahe](https://www.instagram.com/dielinke_mahe)



[youtube.com/@linkslive](https://www.youtube.com/@linkslive)

www.dielinke-mahe.de